



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 3. August 2015
(OR. fr)

10452/15

LIMITE

PV/CONS 39
AGRI 371
PECHE 233

ENTWURF EINES PROTOKOLLS¹

Betr.: **3402.** Tagung des Rates der Europäischen Union (**LANDWIRTSCHAFT
UND FISCHEREI**) vom 13. Juli 2015

¹ Informationen über Gesetzgebungsberatungen, sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen des Rates sind in Addendum 1 enthalten.

INHALT

Seite

1. Annahme der Tagesordnung..... 3

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

2. Annahme der Liste der A-Punkte 3

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

3. Annahme der Liste der A-Punkte 3
4. Arbeitsprogramm des Vorsitzes 3

LANDWIRTSCHAFT

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

5. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 und der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 hinsichtlich der Beihilferegelung für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen (erste Lesung)..... 4

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

6. Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1370/2013 mit Maßnahmen zur Festsetzung bestimmter Beihilfen und Erstattungen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse..... 4
7. Entwicklung der Märkte 4

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

8. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 hinsichtlich der Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, die Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel in ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu untersagen (erste Lesung) 5

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

9. Mitteilung der Kommission über die Überprüfung des Entscheidungsprozesses in Bezug auf genetisch veränderte Organismen (GVO) 5
10. Sonstiges..... 6

- ANLAGE – Erklärungen für das Ratsprotokoll..... 9

*
* * *

1. **Annahme der Tagesordnung**

10477/15 OJ CONS 39 AGRI 372 PECHE 234

Der Rat nahm die vorgenannte Tagesordnung an.

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

2. **Annahme der Liste der A-Punkte**

10583/15 PTS A 56

Der Rat nahm die in Dokument 10583/15 enthaltenen A-Punkte an.

Einzelheiten zur Annahme dieser Punkte sind im Addendum enthalten.

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

3. **Annahme der Liste der A-Punkte**

10584/15 PTS A 57

Der Rat nahm die in Dokument 10584/15 enthaltene Liste der A-Punkte mit Ausnahme von Punkt 4 an.

Die Erklärungen zu diesen Punkten sind in der Anlage wiedergegeben.

4. **Arbeitsprogramm des Vorsitzes**

– Vorstellung durch den Vorsitz

(Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)

10690/15 AGRI 383 PECHE 243

Der luxemburgische Vorsitz stellte sein Arbeitsprogramm für die Bereiche Landwirtschaft und Fischerei vor.

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

5. **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 und der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 hinsichtlich der Beihilferegelung für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen** (erste Lesung)
Interinstitutionelles Dossier: 2014/0014 (COD)
– Sachstand
10620/15 AGRI 378 AGRIFIN 63 AGRIORG 46 CODEC 993

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

6. **Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1370/2013 mit Maßnahmen zur Festsetzung bestimmter Beihilfen und Erstattungen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse**
– Sachstand
(Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)
10620/15 AGRI 378 AGRIFIN 63 AGRIORG 46 CODEC 993

Punkte 5 und 6:

Der Rat nahm die Informationen des Vertreters der Kommission und die breite Zustimmung der Delegationen, die Arbeit an diesem Dossier wieder aufzunehmen, zur Kenntnis. Der Rat nahm ebenfalls Kenntnis von der Bereitschaft des Vorsitzes, die Arbeit an diesem Dossier, auch hinsichtlich der Rechtsgrundlage, wieder aufzunehmen.

7. **Entwicklung der Märkte**
– Informationen der Kommission
– Gedankenaustausch
10613/15 AGRI 377 AGRIFIN 62 AGRIORG 45

Der Rat nahm die Informationen des Vertreters der Kommission zur Entwicklung der Märkte und zu den für bestimmte Sektoren verlängerten und geplanten Maßnahmen sowie die Bemerkungen und Bedenken der Delegationen und die Unterstützung der Anträge unter den Punkten 10a, 10b und 10c der Tagesordnung durch mehrere Delegationen zur Kenntnis.

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

8. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 hinsichtlich der Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, die Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel in ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu untersagen (erste Lesung)

Interinstitutionelles Dossier: 2015/0093 (COD)

– Vorstellung durch die Kommission

– Gedankenaustausch

8356/15 AGRI 222 AGRILEG 95 DENLEG 67 MI 271 CONSOM 70 SAN 132
CODEC 609

10569/15 AGRI 376 AGRILEG 143 DENLEG 91 MI 443 CONSOM 122
SAN 206 CODEC 984

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

9. Mitteilung der Kommission über die Überprüfung des Entscheidungsprozesses in Bezug auf genetisch veränderte Organismen (GVO)

– Vorstellung durch die Kommission

– Gedankenaustausch

(Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)

8344/15 AGRI 221 AGRILEG 96 DENLEG 68 MI 274 CONSOM 71 SAN 133
+ ADD 1

10569/15 AGRI 376 AGRILEG 143 DENLEG 91 MI 443 CONSOM 122
SAN 206 CODEC 984

Punkte 8 und 9:

Die Kommission hat dem Rat einen Vorschlag für eine Verordnung hinsichtlich der Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, die Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel in ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu untersagen, sowie die entsprechende Mitteilung dazu vorgelegt. Der Rat führte anschließend einen Gedankenaustausch auf der Grundlage eines Fragebogens des Vorsitzes (Dok. 10569/15). Diese beiden Tagesordnungspunkte wurden gemeinsam behandelt.

Im Laufe des Gedankenaustauschs wurde der Vorschlag von einer sehr großen Mehrheit der Delegationen offen kritisiert, insbesondere aufgrund der fehlenden Folgenabschätzung, der dadurch entstehenden Rechtsunsicherheit, der fehlenden eindeutigen Definition des Anwendungsbereichs und eines möglichen Konflikts mit den Regeln des Binnenmarkts und der WTO.

Der Rat beauftragte seine Vorbereitungsgremien, die technischen Aspekte des Vorschlags auf der Grundlage einer neuen und zusätzlichen Analyse der Kommission insbesondere in Bezug auf die Folgen des Vorschlags sowie seine Vereinbarkeit mit den Regeln des Binnenmarkts und der WTO zu prüfen. Auf Antrag mehrerer Delegationen ersuchte der Rat seinen Juristischen Dienst um Stellungnahme.

10. Sonstiges

a) **Initiative "4 ‰ der Böden für Ernährungssicherheit und Klimaschutz"**

- Informationen der französischen Delegation
10709/15 AGRI 386 CLIMA 78 ENV 474

Der Rat nahm die Informationen der französischen Delegation zu der vorgenannten Initiative zur Kenntnis. Diese Initiative wurde von vielen Delegationen sowie der Kommission unterstützt.

b) **Besorgniserregende Lage am Markt für Milcherzeugnisse und zu ergreifende Maßnahmen**

- Antrag der bulgarischen, der tschechischen, der ungarischen, der polnischen, der rumänischen, der slowenischen und der slowakischen Delegation mit Unterstützung der spanischen Delegation
10707/15 AGRI 385 AGRIORG 48

Der Rat nahm Kenntnis von dem Antrag der Delegationen der Visegrad-Gruppe mit Unterstützung der bulgarischen, der rumänischen, der slowenischen und der spanischen Delegation hinsichtlich der Lage am Markt für Milcherzeugnisse und der zu ergreifenden Maßnahmen.

c) **Die Problematik der Zukunft des Zuckersektors in der EU**

- Antrag der italienischen Delegation
10710/15 AGRI 387 AGRIORG 49

Der Rat nahm Kenntnis von dem Antrag der italienischen Delegation bezüglich der Problematik der Zukunft des Zuckersektors in der EU.

d) **Fortdauernd ernste Lage am Schweinefleischmarkt**

- Antrag der österreichischen Delegation mit Unterstützung der belgischen und der polnischen Delegation
- 10711/15 AGRI 388

Der Rat nahm Kenntnis von dem Antrag der österreichischen Delegation zur fortdauernd ernsten Lage am Schweinefleischmarkt.

e) **Asien-Europa-Treffen zur nachhaltigen Bewirtschaftung und Nutzung der Wälder auf strategischer und auf praktischer Ebene (Ljubljana, 25. und 26. Mai 2015)**

- Informationen der slowenischen Delegation
10657/15 AGRI 381 FORETS 22 ENV 455 RELEX 562

Die slowenische Delegation stellte die Ergebnisse der ASEM-Konferenz vom 25. und 26. Mai 2015 in Ljubljana (Dialog Europa-Asien) zur nachhaltigen Bewirtschaftung und Nutzung der Wälder vor und hob die Herausforderungen hervor, die es in der Zukunft im Forstsektor zu bewältigen gilt. Der Rat nahm die Informationen der slowenischen Delegation sowie die Bemerkungen des Vertreters der Kommission zur Kenntnis.

f) **Sortenschutzrecht und Beschluss des Europäischen Patentamts**

- Informationen der niederländischen Delegation
- 10505/15 AGRI 374 SEMENCES 14

Die niederländische Delegation bedauerte die jüngste Entscheidung des Europäischen Patentamts (EPA), da damit ihrer Ansicht nach selbst Pflanzenmerkmale patentiert werden dürfen, die der konventionellen Züchtung entstammen. Der Rat nahm die Informationen der niederländischen Delegation, die von mehreren anderen Delegationen (Griechenland, Frankreich, Polen, Kroatien, Portugal, Slowenien, Slowakei und Finnland) unterstützt wurde, sowie die Bemerkungen des Vertreters der Kommission zur Kenntnis.

g) **Verwendung der Pflanzenschutzmittel im Einklang mit der nachhaltigen Entwicklung**

- Informationen der niederländischen Delegation
10655/15 AGRI 380 PESTICIDES 1 PHYTOSAN 37

Die niederländische Delegation setzte den Rat von dem Aktionsplan in Kenntnis, den die Niederlande im kommenden Herbst annehmen werden, um die Förderung des integrierten Pflanzenschutzes zur Bekämpfung von Schadorganismen im Hinblick auf eine Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, die im Einklang mit der nachhaltigen Entwicklung steht, zu beschleunigen. Der Rat nahm die Informationen der niederländischen Delegation, die von mehreren anderen Delegationen (Frankreich, Ungarn, Belgien, Polen, Portugal, Vereinigtes Königreich, Griechenland und Österreich) unterstützt wurde, sowie die Bemerkungen des Vertreters der Kommission zur Kenntnis.

h) Ministertagung während der "Blauen Woche" in Portugal (Lissabon, 3. bis 6. Juni 2015)

- Informationen der portugiesischen Delegation
10698/15 PECHE 244

Die portugiesische Delegation informierte den Rat über die Ministertagung, die während der "Blauen Woche" in Portugal stattgefunden hat. In der Erklärung dieser Tagung wird die Vielschichtigkeit der blauen Wirtschaft, insbesondere die Förderung von Innovation, bereichsübergreifenden Maßnahmen und der Umweltpolitik unterstrichen. Die spanische Delegation bekräftigte, dass die "Blaue Woche" eine höchst nützliche Veranstaltung sei, um die politische Diskussion sowie die Wirtschaftsbeziehungen voranzubringen. Der Vertreter der Kommission brachte seine Erwartung zum Ausdruck, dass die kürzlich von der Kommission auf den Weg gebrachte Konsultation zur Meerespolitik genauso reiche Beiträge wie die der Interessenträger im Rahmen der "Blauen Woche" erhalten wird. Der Vorsitz stellte abschließend fest, dass der Rat die Informationen der portugiesischen Delegation zur Kenntnis genommen hat, die von den Delegationen und dem Vertreter der Kommission begrüßt wurden.

ERKLÄRUNGEN FÜR DAS RATSPROTOKOLL

zu A-Punkt 3:

Verordnung (EU) .../... der Kommission vom XXX zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 244/2009 im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Haushaltslampen mit ungebündeltem Licht und der Verordnung (EG) Nr. 245/2009 der Kommission vom 18. März 2009 zur Durchführung der Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Leuchtstofflampen ohne eingebautes Vorschaltgerät, Hochdruckentladungslampen sowie Vorschaltgeräte und Leuchten zu ihrem Betrieb und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/55/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1194/2012 im Hinblick auf die Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Lampen mit gebündeltem Licht, LED-Lampen und dazugehörigen Geräten
– **Beschluss, den Erlass nicht abzulehnen**

ERKLÄRUNG SCHWEDENS

"Schweden möchte die folgende Erklärung für das Ratsprotokoll abgeben, die sich auf den Beschluss des Rates bezieht, die Änderung der Verordnung (EG) Nr. 244/2009 im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Haushaltslampen mit ungebündeltem Licht nicht abzulehnen.

In Anbetracht des Ergebnisses der Beratungen des Ökodesign-Ausschusses vom 17. April 2015 beabsichtigt Schweden nicht, Einwände gegen den Beschluss des Rates, die Änderung der Verordnung nicht abzulehnen, zu erheben.

Schweden ist jedoch grundsätzlich nicht einverstanden mit dem Beschluss, die Prüfung von Verordnungen vor ihrer Umsetzung wiederaufzunehmen. Mit dem derzeitigen Beschluss über die Wiederaufnahme der Prüfung sollte ähnlichen Fällen in Zukunft nicht vorgegriffen werden.

Schweden lehnt zudem eine Verzögerung bei der Umsetzung der Stufe 6 der Verordnung (EG) Nr. 244/2009 in der Sache ab. Auf der Grundlage einer Marktanalyse der schwedischen Energieagentur und internationaler Partner ist Schweden zu dem Urteil gelangt, dass der Markt hinreichend ausgereift ist und dass – insbesondere auf dem Gebiet der LED-Techniken – genügend Ersatzprodukte für Netzspannungs-Halogenglühlampen vorhanden sind. Schweden sieht daher keinen Grund, die Umsetzung zu verzögern."

zu A-Punkt 14: Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Verhängung einer Geldbuße gegen Spanien wegen der Manipulation von Defizitdaten in der Autonomen Gemeinschaft Valencia

ERKLÄRUNG SPANIENS

"Das Königreich Spanien bedauert die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1173/2011 von der Kommission bezüglich der Manipulation von Statistiken in Spanien durchgeführte Untersuchung und insbesondere die abschließende Empfehlung der Kommission.

Das Königreich Spanien unterstreicht, dass die Kommission die Zuverlässigkeit der übermittelten Defizit- und Schuldendaten niemals in Frage gestellt hat und dass sie in keinem der Berichte, die EUROSTAT im Anschluss an jede VÜD-Meldung für den Wirtschafts- und Finanzausschuss erstellt hat, auch nur den geringsten Vorbehalt gegenüber diesen Daten geäußert hat.

Das Königreich Spanien weist darauf hin, dass die Kommission direkt durch die spanischen Behörden von dem Gegenstand der Untersuchungen informiert wurde, unmittelbar nachdem diese selbst davon Kenntnis erhalten hatten. Darüber hinaus wurde im Rahmen des Untersuchungsverfahrens eine enge Zusammenarbeit mit der Kommission gewährleistet.

Das Königreich Spanien betont, dass die EU stets im Besitz korrekter Defizit- und Schuldendaten war. Die Informationen, die Gegenstand der Untersuchungen sind, hatten keinerlei Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der EU.

Daher behält das Königreich Spanien sich vor, die endgültige Entscheidung vor dem Gerichtshof der Europäischen Union anzufechten, gemäß der am 22. September 2014 vor dem Gericht eingereichten und derzeit noch anhängigen Nichtigkeitsklage gegen die Einleitung der Untersuchung (Rechtssache T-676/14)."
